

Viel Glück beim Scheitern!

**Von Andrea Kučera
und Daniel Friedli**

**Hohe Prämien,
sinkende Renten und
hartgesottene
Lobbyisten: Auf
Bundesrätin Elisabeth
Baume-Schneider
wartet im
Innendepartement
der schwierigste Job in
Bundesbern. Wieso in
diesem Amt kaum je
Reformen gelingen
und warum es für sie
speziell hart wird.**

Elisabeth Baume-Schneider sagt den Satz gelassen, sie muss mit Kritik gerechnet haben: «Ich mache es mir nicht gerne einfach.» Ein Tag ist vergangen, seit der Bundesrat in einem dürren Communiqué ihren überraschenden Wechsel vom Justiz- ins Innendepartement (EDI) bekanntgegeben hat. Jetzt begründet Baume-Schneider vor den Medien, warum sie nach nur einem Jahr, in dem sie im Asylwesen wenig zustande gebracht hat, eine noch grössere Herausforderung sucht: den härtesten Job im Bundeshaus.

Dem Gesundheitswesen und der Altersvorsorge gehen das Geld aus, und niemand hat einen Plan, wie diese Sozialwerke in die Zukunft gerettet werden können. Bereits nächs-

tes Jahr stehen wegweisende Abstimmungen an. Kann sich die ehemalige Sozialarbeiterin aus dem Jura durchsetzen?

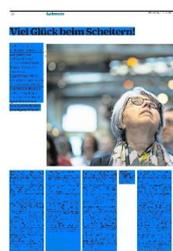
Baume-Schneider weiss offensichtlich, worauf sie sich einlässt. Und sie kennt wohl auch die vielen Kommentare, in denen von einer Bundesrätin am Rand der Überforderung die Rede ist. Aber eben: Sie macht es sich nicht gerne einfach. Und einfach wird es tatsächlich nicht. Aber wichtig.

Noch im Sommer, als Alain Berset seinen Rücktritt ankündigte, hörte man aus den bürgerlichen Parteien: Jetzt müssen wir den Linken das Departement wieder entreissen. Doch als diese Aufgabe nun am Mittwoch neu verteilt wurde, streckte keiner der vier bürgerlichen Bundesräte auf.

Die FDP beliess es dabei, hinterher per Communiqué «neue Dynamik im EDI» zu fordern, um die Renten zu sichern und die Krankenkassenprämien bezahlbar zu machen. Und SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi mäkelte bloss, für die grossen Baustellen im Departement brauchte es eine starke Führungspersönlichkeit - und nicht Frau Baume-Schneider.

Forderungen, wie man es besser machen könnte, haben alle. Doch Reformen, das zeigt der Blick in die Vergangenheit, gelingen kaum. Kein Wunder, wurde das EDI auch schon das «verdammte Departement» genannt, wobei das «verdammte» sowohl Fluch wie auch Fluchwort meint.

Schon Ruth Dreifuss versprach einen Neuanfang, als sie Innenministerin wurde und unter ihrer Ägide 1996 das neue Krankenversicherungsgesetz in Kraft trat. Das Versprechen indes, damit den Anstieg der Gesundheitskosten zu dämpfen, erwies sich bald als unrealistisch. Der freisinnige Pascal Couchepin trat dann vollmundig an, um es besser zu machen als die sozialdemokratische Mutter Courage - wobei schon Parteikollegen davor warnten, da trete ein Elefant in den Porzellanladen. Sie erhielten recht: Tatsächlich musste der machtbewusste Walliser bald feststellen, dass mit provokativen Rundumschlägen wie dem Rentenalter 67 bei diesen sensiblen Themen nichts zu erreichen ist. Die Zeche bezahlte seine Partei, die FDP, die bei den nächsten Wahlen abstürzte.



Nach Couchepin kam Didier Burkhalter, der die Herausforderungen zwei Jahre lang auf farbigen Folien sauber analysierte, um dann bei erster Gelegenheit etwas undiplomatisch

Mit liberaler Zurückhaltung ist es im Innendepartement nicht getan. Der Reformdruck ist gross, die Uhr tickt.

ins Aussendepartement zu entschweben. Alain Berset schliesslich dachte gross und endete im Kleinen. Sein Master-Plan, die AHV und die berufliche Vorsorge gemeinsam zu reformieren, scheiterte, es blieb - immerhin - die erste kleine AHV-Reform seit 27 Jahren. Und seine Grundlagenarbeit im Gesundheitswesen - ein breit getragener Expertenbericht mit 38 Massnahmen zur Kostendämpfung - wird gerade im politischen Hickhack immer weiter zerstückelt.

Und jetzt schnappt sich also Baume-Schneider diese heisse Kartoffel. Die Chancen stehen schlecht, dass es ihr besser ergehen wird als ihren Vorgängern. Im EDI kämpft sie um Milliardenbeträge, gegen mächtige Lobbys und - die eigene Partei.

Jeder gegen jeden, viele gegen alles

Über 21 Milliarden Franken verwaltet das Innendepartement (kein anderes Departement hat mehr zur Verfügung), und es bestimmt über noch viel mehr. Im EDI laufen die Fäden zusammen, wenn es darum geht, woher das Geld für die Renten, für Sozialleistungen, für Prämien oder für deren Verbilligung kommen soll. Es geht hier um das Geld des kleinen Mannes, wie der neue Bundesrat Beat Jans sagte, als er noch dachte, er werde im EDI landen. Es geht aber auch um das Geld der grossen Lobbys.

Allein für das Gesundheitswesen werden jährlich gut 86 Milliarden Franken ausgegeben. Entsprechend aggressiv buhlen die verschiedenen Player darum, woher und wohin diese Mittel fliessen, von den Krankenkassen über die Ärzte, Spitäler und Apotheker bis zur Pharmaindustrie, den Patientenvertretern und den Kantonen.

Jede dieser Interessengruppen kämpft zuerst für sich. «Es gibt viel zu wenige Akteure,

die für das Ganze schauen», stellte Alain Berset in einem seiner letzten Interviews als Gesundheitsminister resigniert fest. Dies führt dazu, dass jedes neue Reformvorhaben eine neue Allianz aus wechselnden, aber immer mächtigen Gegnern auf den Plan ruft.

Sparen sollen immer die anderen. Geht es zum Beispiel um die Einführung von Maximalpreisen für Generika, wehren sich die Ärzte zusammen mit der Pharmaindustrie gegen die Krankenkassen und Konsumenten. Dafür fordern Ärzte und (gewisse) Kassen eine einheitliche Finanzierung von Arzt- und Spitalleistungen, was dann aber im Detail den Kantonen und Patientenvertretern nicht passt.

Und wenn Krankenkassen und Kantone nur eine minime Beschränkung der freien Arztwahl befürworten, wird diese mit Garantie von den Ärzten und Spitalern bekämpft. Wagt man sich gar, wie etwa die Mitte-Partei und Alain Berset, an eine allgemeine Kostenbremse oder wenigstens an Kostenziele - dann finden sich sofort alle vereint im Widerstand.

Das Lobbying sei «unerträglich geworden», klagte kürzlich Mitte-Präsident Gerhard Pfister: «Ich habe es noch nie erlebt, dass man bei jedem Traktandum etwa 20 Mails erhält, wie man bei diesem Punkt abzustimmen hat.»

Noch schwieriger wird die Aufgabe der Innenminister dadurch, dass dieser Lobbyismus auch das Parlament im Klammergriff hat. Viele Interessenverbände sind direkt in den Räten und den vorberatenden Kommissionen vertreten. Die bis dato letzte Zählung ergab vor zwei Monaten, dass 90 National- und Ständeräte eigene Mandate im Gesundheitswesen haben - das ist mehr als jeder Dritte.

Nach den Wahlen geht das Buhlen um Pöstchen gerade wieder von neuem los. Sicher ist aber bereits, dass Schlüsselpositionen in den Gesundheitskommissionen wieder von Interessenvertretern besetzt sind. Das Präsidium der Kommission des Nationalrates hat neu Barbara Gysi (SP, Beirat des Spitex-Verbandes) inne, als Vizepräsidentin amtiert Regine Sauter (FDP, Präsidentin des Spitalverbandes). Die ständerätliche Kommission leiten Damian Müller (FDP, Berater des Ärzteverbandes FMH) und Präsident einer pharmanahen Gruppe für medizinische Forschung) und Hannes Germann (SVP, Beirat beim Prämienvergleichsdienst Comparis). Der Kampf der Lobbys - er fängt immer schon am Tisch der vorberatenden Kommissionen an.



Im Herbst folgt das Zwischenzeugnis

Diese Verquickung von Ämtern wird auch in den nächsten Jahren der Normalfall bleiben. Ein Versuch des Walliser Mitte-Ständerates Beat Rieder, Kommissionsmitgliedern zu verbieten, bezahlte Mandate in der Gesundheitsbranche anzunehmen, ist nach erfolgreichem Start dann doch gescheitert. Auch an den Stimmen von Rieders (ebenfalls mit Mandaten dekorierten) Parteikollegen. Darum schwärmen gerade jetzt nach den Wahlen wieder die Lenker der Interessenverbände aus, um neugewählte Parlamentarier für sich zu gewinnen.

Die neue Innenministerin wird sich durch dieses dichte Gestrüpp an Lobbyisten ihren Weg bahnen müssen. Und - das ist der nächste Grund, der dieses Amt so herausfordernd macht - sie muss dabei auch effektiv vorankommen: Der Reformdruck im EDI ist hoch, und die Uhr tickt.

Anders als in anderen Departementen ist es im Innendepartement mit liberaler Zurückhaltung, neutralem Zuschauen oder der passiven Verwaltung des Status quo nicht getan. Die AHV gerät bald in finanzielle Schieflage, das Parlament will darum bis 2026 eine grössere Reform sehen. Dabei dürfte es zum grossen Kampf um das Rentenalter kommen: Die bürgerlichen Parteien tendieren für längeres Arbeiten, Baume-Schneider ist dagegen. «Ich würde mit aller Kraft und allen Argumenten gegen eine Erhöhung kämpfen», sagte sie letztes Jahr vor ihrer Bundesratskür in einem Interview. Auch die Renten der beruflichen Vorsorge sind im Sinkflug. Und in der Gesundheitspolitik gehört das Bemühen um Kostendämpfung zur Daueraufgabe - zumindest wenn man nicht will, dass bald noch mehr als ein Viertel der Bevölkerung auf Prämienverbilligung angewiesen sein wird.

Speziell dabei ist für die Innenministerin, dass bei ihr - anders als bei anderen Bundesratskollegen - jedes Jahr ein Tag im Kalender steht, an dem es kein Verstecken gibt. Jeweils Ende September muss der oder die Departementsvorsteherin unvermeidlich Rechenschaft ablegen, und zwar in Form der Bekanntgabe der Krankenkassenprämien fürs nächste Jahr (nur Pascal Couchepin schwänzte das Ritual einmal, nach heftiger Kritik aber nie wieder).

Es ist der Tag des Zwischenzeugnisses, an dem die Leistung der Amtsinhaber fest-

gemacht, landesweit diskutiert und in aller Regel böse kritisiert wird. Für Elisabeth Baume-Schneider heisst dies: Nachdem im Justizdepartement der Flüchtlingsherbst ihre Agenda diktiert hat, wird sie sich künftig von Prämienherbst zu Prämienherbst irgendwie durchhangeln müssen.

Damit nicht genug. Die sozialdemokratische Innenministerin wird regelmässig gegen die eigenen Parteikollegen antreten müssen. Baume-Schneider gegen die SP - so lautet fortan so manche Abstimmungs-Affiche, zum ersten Mal bereits weniger als 100 Tage nach ihrem Antritt im neuen Amt.

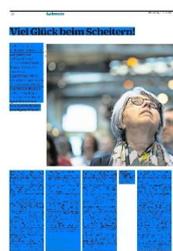
Am 3. März steht die Volksabstimmung über die 13. AHV-Rente an. Der Ausbau der AHV ist eine Kernforderung der Sozialdemokratie - und die Neu-Innenministerin wird ihn im Namen des Bundesrates bekämpfen müssen. «Das wird hart», sagt SP-Co-Präsident Cédric Wermuth lapidar. «Frontaler in Opposition zu einem Kernthema der SP können Sie als Bundesrätin gar nicht stehen.» Dasselbe gilt für die Abstimmungen danach.

Aus Parteifreunden werden Gegner

Wermuth sieht den kommenden Monaten denn auch mit gemischten Gefühlen entgegen. «Das Risiko, dass so ein Abstimmungskampf gegen die eigenen Leute nachhaltige politische Verstimmung hinterlässt, ist auf beiden Seiten gross», sagt er.

Nach der Schlacht um den Ausbau der AHV geht es nahtlos weiter. Im Juni folgt die Abstimmung über die Prämientlastungsinitiative der SP, wieder wird Baume-Schneider die gegenteilige Haltung vertreten und den gewünschten Ausbau der Prämienverbilligung bekämpfen. Und spätestens im Herbst kommt voraussichtlich die Reform der beruflichen Vorsorge vors Volk, welche die Innenministerin gegen das Referendum aus SP-Reihen verteidigen muss. «Wir haben leider Erfahrung mit dieser Ausgangslage», sagt Wermuth.

In der Tat sind sich der Bundesrat und die SP kaum je einig, wenn es um die Zukunft der Sozialversicherungen geht. Die SP will ausbauen, der Bundesrat sanieren. Wohl auch deshalb sind Wermuths Wünsche an die neue EDI-Vorsteherin zwiespältig: «Ich wünsche ihr, dass es ihr gelingt, die Bevölkerung von ihren Fähigkeiten zu überzeugen, und gleichzeitig, dass sie die kommenden Abstimmungen verliert.»



Man könnte es auch anders formulieren:
Viel Glück beim Scheitern, liebe Genossin!

Baume-Schneiders grösste Gegenspieler



Andri Silberschmidt

Der Zürcher Nationalrat ist die freisinnige Speerspitze im Ringen um Reformen im Sozialwesen. Er will das Rentenalter schrittweise erhöhen. Bei den Krankenkassen schlägt er als Alternative zur obligatorischen Grundversicherung nach dem Motto «Wasser statt Champagner» eine entschlackte «Budgetkrankenkasse» vor. (dli.)



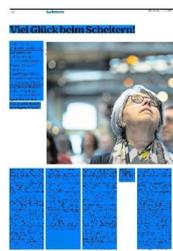
Pierre-Yves Maillard

Offiziell wird ihr enger Gefährte nun zum hartnäckigen Gegner. Der mächtige SP-Ständerat kämpft als Gewerkschaftsboss für die 13. AHV-Rente und gegen die Pensionskassen-Reform, immer gegen den Bundesrat. Gleichzeitig munkelt man, Maillard könnte zu Baume-Schneiders heimlichem Einflüsterer werden. (aku.)



René Buholzer

Der Direktor des Verbands Interpharma vertritt die Interessen von Roche, Novartis und Co. Er ist der Gegenspieler von Behörden und Krankenkassen, wenn es um die Zulassung neuer Therapien und tiefere Medikamentenpreise geht. Seit Jahren klagt der Verband, die Pharmaindustrie müsse mehr sparen als alle anderen. (aku.)



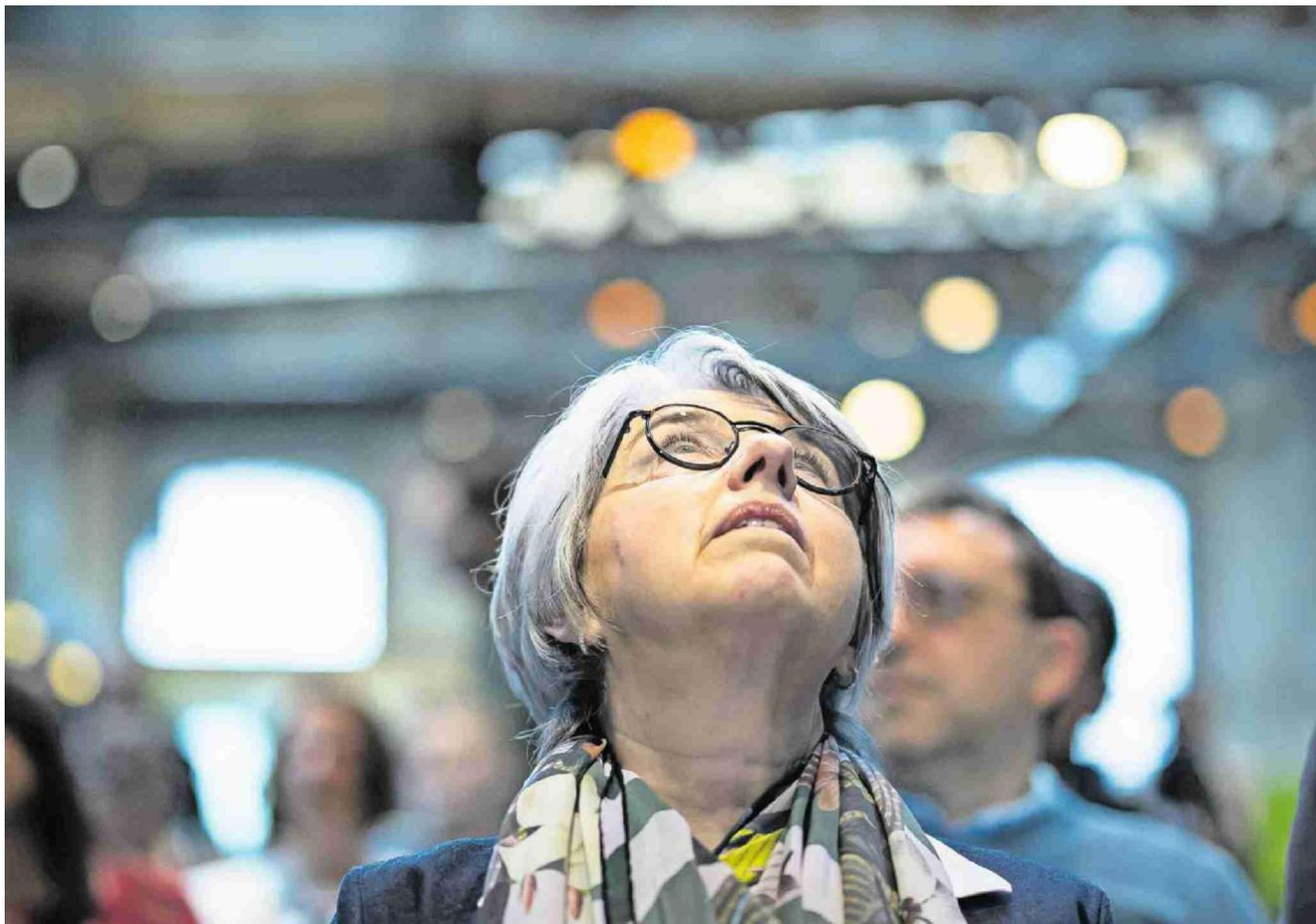
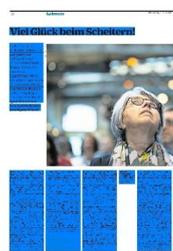
Martin Landolt

Der ehemalige Nationalrat und BDP-Chef ist Präsident von Santé-suisse, dem grösseren der beiden Krankenkassenverbände. Er kämpft für tiefere Medikamentenpreise, für eine zentrale Spitalplanung des Bundes und dafür, dass der Bund die Digitalisierung im Gesundheitswesen rascher vorantreibt. (dli.)



Regine Sauter

Die Zürcher FDP-Nationalrätin präsidiert den Spitalverband H+. Dieser setzt sich für eine bessere Abgeltung der Spitäler ein und wehrt sich gerade mit Händen und Füssen dagegen, dass der Bundesrat für die Berechnung dieser Spitaltarife strengere und einheitliche Wirtschaftlichkeitskriterien einführt. (dli.)



Hohe Ziele:
Die neue Innen-
ministerin Elisabeth
Baume-Schneider
an einem Medien-
anlass in Zürich.
(27. März 2023)